

# ZDS

ZENTRALVERBAND DER DEUTSCHEN SEEHAFENBETRIEBE E. V.

---

Am Sandtorkai 2  
20457 Hamburg

Telefon (040) 36 62 03/04  
Telefax (040) 36 63 77

E-mail: [info@zds-seehaefen.de](mailto:info@zds-seehaefen.de)  
Internet: [www.zds-seehaefen.de](http://www.zds-seehaefen.de)

14. November 2011  
Hei/St/I-126

**Begrüßungsworte  
von Herrn Peters  
auf der Abendveranstaltung des ZDS  
am 14. November 2011  
an Bord der „Rickmer Rickmers“**

Sehr verehrte Damen und Herren,

im Namen des Präsidiums möchte ich Sie recht herzlich zu unserer diesjährigen Abendveranstaltung aus Anlass unserer morgigen Mitgliederversammlung begrüßen.

Besonders begrüße ich unseren heutigen Gastredner, Herrn Stefan Schilbe, Chefvolkswirt der Bank HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, der über „Globale Perspektiven 2012“ sprechen wird.

Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen haben wir mit unserem Gastredner und seinem Thema sicherlich die richtige Wahl getroffen.

Die deutsche Hafenwirtschaft befindet sich wieder auf Wachstumskurs.

Den wirtschaftlichen Einbruch nach der globalen Krise 2009 haben wir weitgehend aufgeholt.

2010 konnten die deutschen Seehäfen schon wieder einen Zuwachs ihres Gesamtumschlags um 5% auf 274 Mio. t erzielen.

Unsere Unternehmen haben sich damit früher und kräftiger als erwartet von der Krise erholt.

Für 2011 rechnen wir mit einem Zuwachs des Gesamtumschlags um 6% auf 290 Mio. t.

Mit zunehmender Verunsicherung durch die Schuldenkrise im Euro-Raum hat sich das Wachstumstempo allerdings abgeschwächt.

Erst belastete die Krise der Banken die Staaten, nun fällt die Krise der Staaten auf die Banken zurück.

Es ist diese explosive Mischung aus staatlichen Bonitätsrisiken, Finanzierungsrisiken im Bankensektor und der Abschwächung des Wachstumsausblicks auf globaler und EU-Ebene, die Nervosität auslöst.

Dadurch besteht die Gefahr, dass unsere Erfolge bei der Überwindung der Finanzmarktkrise von der Schuldenkrise überrollt werden.

Die Europäische Union hat insgesamt 10.000 Mrd. Euro Schulden.

Das Defizit in den USA und Japan wird dieses Jahr mit 10% etwa doppelt so groß sein wie das konsolidierte Defizit im Euro-Raum.

Trotzdem ist Europa das Epizentrum der Staatsschuldenkrise.

Der Grund dafür ist die gegenseitige Abhängigkeit der 17 Euro-Staaten.

Deshalb ist es wichtig, dass sich jedes Euro-Land an die Spielregeln hält.

Die Schulden sind zwar auch eine Folge der Finanzkrise, aber nicht nur.

Ohne die Schuldenexzesse vergangener Jahrzehnte wäre wohl kein Land ernsthaft in Schieflage geraten.

Es hat sich gezeigt, dass Schuldenquoten von 80, 90 oder mehr als 100 Prozent des Bruttoinlandprodukts früher oder später Zweifel an der Kreditwürdigkeit eines Landes aufkommen lassen.

Was Wachstum schafft, wie Infrastrukturinvestitionen, darf allerdings sehr wohl mit Schulden finanziert werden.

Dabei gehen in der gegenwärtigen Diskussion einige Begriffe durcheinander.

Wir haben keine „Euro-Krise“, sondern wir haben in Europa eine Schuldenkrise, die in eine Bankenkrise auszuarten droht.

Es geht im Moment auch nicht darum, „den Euro zu retten“, sondern darum, zu verhindern, dass die Zahlungsunfähigkeit von Mitgliedstaaten der EU das europäische Finanzsystem lahm legt.

Der Euro hat einen stabilen Außenwert und die Inflationsrate im Euro-Raum war in den letzten 12 Jahren niedriger als in den letzten 12 Jahren der D-Mark.

Dennoch kann das Krisenmanagement die Euro-Zone in Gefahr bringen.

Auf dem EU-Krisengipfel am 26. Oktober sind notwendige Entscheidungen getroffen worden.

Sie wirken stabilisierend. Ob sie allerdings hinreichend sind, muss bezweifelt werden.

Wir stehen noch vor einem längeren Prozess mit weiterreichenden Entscheidungen über permanente Rettungsschirme und der Regulierung der Finanzmärkte.

Die Politik hat die Krise daher noch nicht im Griff.

Mit der Erweiterung von Rettungsschirmen werden gigantische Risiken auf zukünftige Generationen verlagert, ohne dass die Probleme dauerhaft gelöst werden.

Zudem müssen die Gläubiger und nicht die Schuldner gestützt werden.

Ein Schuldenschnitt mit wohl definierten finanziellen Folgen für die Gläubiger und einem klaren Stabilitätsmandat des ESFS für den Bankensektor der Europäischen Union stellt eine bessere Lösung für europäische Schuldenkrisen dar, als das Bereitstellen von Überbrückungskrediten an die Regierungen der betroffenen Länder.

Auch wenn diese Kredite sehr stark konditioniert sind, sind ihre Erfolgsaussichten unsicher, weil es in Demokratien schwierig ist, breite Bevölkerungsschichten kurzfristig große Opfer aufzuerlegen.

Dass Bankaktionäre ihr Kapital in einer Bankenkrise verlieren, gehört jedoch zu unserem Wirtschaftssystem wie der Feta zum griechischen Salat.

Dass der Euro als einer der größten wirtschaftlichen und politischen Erfolge der jüngeren europäischen Geschichte erhalten bleibt, sollte dabei außer Frage stehen.

Eigentlich sollte der Euro die politische Union herbeizwingen. Das hat bisher jedoch nicht funktioniert.

Wie sieht nun die weitere Entwicklung aus ?

Unter Ökonomen gilt es als ausgemacht, dass die Weltkonjunktur nachlässt.

Die Frage ist nur, wie stark.

Gibt es einen kleinen oder größeren Abschwung ?

Für die Beantwortung dieser Frage haben wir heute mit Herrn Schilbe einen Experten als Gastredner eingeladen, auf dessen Ausführungen wir nach der Vorspeise sehr gespannt sind.

Ich wünsche uns einen schönen Abend mit interessanten Gesprächen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.